



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 6

Das Blatt erscheint jeden Sonntagabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Strasse 1. Fernspr. 5, 9246.

Hamburg, den 9. Februar 1918

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

Ein sozialpolitisches Arbeiterprogramm der deutschen Gewerkschaften.

Das unsere innere Politik einer Neuorientierung bedarf, darüber sind alle vorwärtsstrebenden Schichten im Deutschen Reich einig. Auch die Regierung hat mehrfach darauf hingewiesen, daß sie der gleichen Ansicht ist. Vor dem Kriege war es die Regel, daß die Wünsche und Forderungen der Arbeiter unbeachtet blieben, und daß sofort mit gewalttätiger Maß genommen wurde, wenn es sich irgendwo um Arbeiterforderungen handelte. Die diese Politik betriebenen haben, sind verantwortlich für die ungeheure Erbitterung, die sich in den Arbeitertreffen angehäuft hat, und für das Mißtrauen, mit dem diese allen Regierungsmassnahmen gegenübersehen. Waren doch immer selbst dann, wenn von Regierungsseite Reformvorschlüsse irgendwelcher Art gemacht wurden, politische Gründe ausschlaggebend, Gründe, die darauf hinausliefen, der Arbeiterbewegung Fallstricke zu legen oder gar die Arbeiter zu entzählen. Das soll in Zukunft anders werden. Der große Lehrenmeister Krieg hat das Eis gebrochen. Wenigstens angekündigt hat seinerzeit der Reichskanzler, daß in dem Kampfe der Parteien, der dem Kriege folgen werde, auch dafür gekämpft werden müsse, daß es in diesem Kampfe nur noch Deutsche gebe. Gewiß ist es im allgemeinen bisher bei der Ankündigung geblieben. Die Wendungen, die Platz gegriffen haben, waren nur Kladderadatsch, sie entbehren allzusehr des großen Juges, genau wie unsere Sozialpolitik vor dem Kriege.

Die Demagoguen sind anscheinend noch immer härter als der gute Wille, zu helfen. Der Einfluß der Kreise, die davon interessiert sind, die Arbeiterbewegung niederzuhalten, ist ungeheuerlich an Wirken. Deshalb die immer wiederkehrenden Verträge von oben auf die Zeit nach dem Kriege. Die Arbeiter sind aber nicht gesonnen, sich damit zufriedenzugeben. Mit immer größerem Nachdruck machen sie die Forderung geltend, daß sofort mit dem Reformwerk zu beginnen ist. Es ist deshalb zu begrüßen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften sich der Aufgabe unterzogen hat, die Wünsche der Arbeiterschaft nach sozialpolitischen Reformen in einer Denkschrift festzustellen; sie programmatisch zusammenzufassen und der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen.

Die Denkschrift, betitelt: „Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften“, umfaßt 18 Gruppen von Forderungen, die sich auf die sozialpolitische Organisation und Statistik, die Arbeitervertretung, das Organisationsrecht, das Tarifvertragsrecht, die Schiedsgerichte und Einigungsämter, das Arbeitsrecht, den Arbeiterschutz und die Inspektion, die Arbeiter- und Angestelltenversicherung, die Rechtsprechung, die Arbeitsvermittlung, das Genossenschaftswesen, die Staats- und Monopolbetriebe, die Wirtschaftspolitik, die internationale Sozialpolitik, die Volksernährung, die Wohnungsfürsorge, die Volkshygiene und die Volkserziehung erstrecken.

Die Denkschrift wird eingeleitet mit einem Hinweis auf die wiederholten Versprechungen der Reichsregierung, die eine sozialpolitische Neugestaltung in Aussicht gestellt haben. Es wird dabei Bezug genommen auf die Zeugnisse vieler hervorragender Männer der Wissenschaft und Sozialpolitik, die während des Krieges in der Öffentlichkeit ein neues Deutschland, in dem auch der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung und die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche zuerkannt werden, eingetreten sind. Die Einzelforderungen werden danach eingehend begründet, wonach in einem kurzen Schlußwort die Stellung der Arbeiterschaft zum Staatswesen, wie es aus dem Kriege hervorgeht, berührt wird.

Voran stehen die Forderungen organisatorischer Art. Ein Reichsministerium der Arbeit soll alle Gebiete des Wirtschaftslebens und alle Arbeiterangelegenheiten zusammenfassen und die zentrale Verwaltung für

alle die Wirtschafts- und zentrale Arbeiterpolitik betreffenden Aufgaben bilden. Ihm soll ein Reichsarbeitsamt angegliedert werden, das als Verwaltungs-, Verwaltungs- und Entscheidungsbehörde gedacht ist, und in dem neben Vertretern des Reiches und der Bundesstaatlichen Unternehmer und Arbeiter als Beisitzer mitwirken sollen. Landes- und lokale Arbeitsämter sollen die Organisation erlangen. Gefordert wird die Heranziehung befähigter Arbeiter zum Dienst in der sozialpolitischen Verwaltung. Dann wird die Schaffung einer gesetzlich geordneten Arbeitervertretung verlangt, indem die Forderung von Arbeitskammern unter Darlegung ihrer Aufgaben aufgestellt wird. Die Forderung hat ihren Niederschlag auch bereits in einem Gesetzentwurf gefunden, den die vereinigten Arbeiter- und Angestelltenverbände dem Reichstage unterbreitet haben. Diesen Forderungen reiht sich die nach einem wirklich freien Organisationsrecht unter Befreiung aller Ausnahmeverordnungen an.

Eingehend wird dann begründet, warum die gesetzliche Regelung des Tarifvertragsrechts notwendig ist. Heute hat der Tarifvertrag, die vollkommenste Form des Arbeitsvertrages, keine Rechtskraft gefunden. Er wird in der Rechtsprechung nur geduldet, wo seine Gültigkeit nicht bestritten wird, Abdingung und Umgehung aber immer für zulässig erklärt. Zugleich wird sich in der Begründung der Forderung gegen die Sachmarke gewendet, die zwischen Unternehmern und ihren Trabanten, den gleichen Vereinen, abgeschlossen werden, und somit auch eine Präzisierung des Begriffs Tarifvertrag verlangt. Die alte Forderung des Reichseinkommensamtes, zu dessen Entlastung besondere Landes-einkommensämter vorgesehen sein sollen, wird von neuem erhoben, wobei mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, daß es nicht annehmlich ist, den gefällten Schiedsprüchen Zwangswirkung zuzukommen.

Die Zersplittertheit unseres Arbeiterrechts führt von selbst dazu, hier für Einheitlichkeit einzutreten, einer Forderung, der sich spezialisierte Vorschläge über den Ausbau des Arbeiterschutzes angliedern. Auch für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung wird die Vereinheitlichung gefordert, ebenso die Ausdehnung auf den gleichen Personenkreis. Neuregelung der Beitragsfrage und Ausbau der Versicherungsweize, denen sich die Arbeitslosenversicherung anzupassen hat, wird mit Recht für notwendig erklärt.

Nachdem die Ausdehnung der Laienrechtssprechung auf dem gesamten Gebiete des Arbeiterrechts gefordert und begründet worden ist, wird auf die Arbeitsvermittlung eingegangen, deren reichsgesetzliche Regelung unter Verbot jeder privatgewerblichen Stellenvermittlung verlangt wird; zugleich wird dargetan, wie die Organisation gedacht ist, indem die Zusammenfassung der öffentlichen, gemeinnützigen und korporativen Arbeitsnachweise zu Arbeitsnachweisverbänden, Schaffung von Arbeitsnachweisämtern, Landesarbeitsnachweisämtern und einer Arbeitsnachweiszentrale für das Reich in Vorschlag gebracht wird.

Das Genossenschaftswesen, das berufen ist, nach dem Kriege in wirksamer Weise am Aufbau der Volkswirtschaft teilzunehmen, leidet heute noch unter allerlei Erschwerungen durch Gesetzgebung und Behörden. Diese Erschwerungen sind ebenso zu beseitigen wie die steuerliche Sonderbehandlung und die Einschränkungen der Teilnahme an gemeinnützigen Unternehmungen.

Auf die gewaltigen Forderungen an den Finanzbedarf des Reiches verweisend, wird sodann auf die Staats- und Monopolbetriebe eingegangen, wobei an dieser Stelle natürlich auf die arbeiterrechtlichen Forderungen das Schwergewicht gelegt wird. Dann reihen sich die wirtschaftspolitischen Forderungen an, bei denen der Ausbau der Zölle auf Industrie- und Agrarprodukte, Befreiung der indirekten Steuern, der Einfuhrerschwerungen und der Ausfuhrprämissen an erster Stelle stehen. Zu den fernliegenden Forderungen

gehört auch die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten neben den Unternehmern an der Wirtschaftspolitik durch gewählte Vertreter der unabhängigen Berufsverbände.

Internationale sozialistische Forderungen gehen neben über die Volksernährung und die Wohnungsfürsorge voraus. Auch bei den Vorschlägen über die Volksernährung stehen die auf Herabsetzung und allmähliche Aufhebung der Lebensmittelzölle voran. Bei der Wohnungsfürsorge wird der Erfolg eines Reichswohnungs-gesetzes, unter anderem auch eine Reform des Mietrechts gewünscht. Ausführliche Forderungen, die Volkshygiene und Volkserziehung betreffend, schließt das hier nur in kurzem Auszug wiedergegebene Programm, das seinen Eindruck nicht verfehlen wird. Erwähnt es doch die herrschenden Kreise an so vieles, das zu tun ist, es sein veräußert oder dem Willen des Volkes entgegengeleitet werden.

Der große Mutmaßung, den dieses Arbeiterprogramm erreicht hat, darf, wie das „Correspondenzblatt“ mit Nachdruck hervorhebt, nicht dazu verleiten, die darin enthaltenen Forderungen in Gegenwartsforderungen und Zukunftswünsche einzuteilen und den größten Teil derselben auf die lange Lauf zu schieben. Obgleich es für den Kenner der wirtschaftlichen Gesetzgebungsarbeit selbstverständlich ist, daß nicht alles auf einmal in Angriff genommen werden kann und auch nicht alles auf den ersten Wurf erreicht wird, so mahnt doch die große Zeit, die unter nach diesem Kriege herrscht, daß ganze Arbeit zu machen, besonders, was die gleichberechtigte Einfügung der Arbeiterschaft in das Staatswesen anlangt, und nicht wertvolle Kladderadatsch zu treiben. Denn darüber läßt man sich nicht hinweg, daß die Wiedergeländern des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Kriege abhängig ist von der Mitarbeit der deutschen Arbeiterschaft, und diese von der Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche im Vaterlande. Die Arbeiter verlangen und erwarten volle Belohnung für ihre vaterländische Haltung während des Krieges; sie haben ihr Vaterland am heimlichen verteidigt, was sie fordern und mit Recht fordern dürfen, das ist die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, die Sicherung der Rechte der Arbeiter gegen wirtschaftliche und politische Unterdrückung, der Saubere der Schwachen vor geizhalslicher Ausbeutung und die Gewährleistung der Teilnahme an den Errungenschaften moderner Kultur, im besonderen auch durch Förderung des Ausbaus der Begabten. Die innere Neugestaltung soll der Ausdruck sein der Anerkennung der Bedeutung der Arbeiterschaft im Staatswesen und ihrer gleichberechtigten Einfügung in die Staatsgemeinschaft.

Mit der Einreichung dieses sozialen Arbeiterprogramms an die gesetzgebenden Körperschaften ist natürlich die sozialpolitische Wirksamkeit der Gewerkschaften nicht erschöpft. Vielmehr sollen die darin aufgestellten Forderungen zum Gegenstand einer großzügigen Propaganda gemacht werden, die zugleich der Werbekampagne für die Gewerkschaften dienen soll. Die Vorhandlungskonferenz hat deshalb beschlossen, das Arbeiterprogramm zugleich als Agitationschrift herauszugeben und in Massen verbreiten zu lassen. Es ist zu hoffen, daß die Schrift allermehr in die Hände der Arbeiter- und Angestelltenchaft gelangt und daß deren Zielsetzung sich in zahlreichen Kundgebungen für die darin enthaltenen Forderungen ausspricht.

Zu den Tarifverhandlungen.

Zum „Vereins-Anzeiger“ vom 22. Dezember vorigen Jahres berichteten wir über beim Reichswirtschaftsamt unternommene Schritte zur Einleitung von Verhandlungen über die Verlängerung des am 15. Februar dieses Jahres ablaufenden Reichstarifvertrages und eine weitere Teuerungszulage. Zu diesem Zwecke hat unser Verbandsvorsitzender am 11. Dezember im Reichswirtschaftsamt einen entsprechenden Antrag der drei Hilfensverbände eingereicht und gleichzeitig den drei Arbeitgeberorganisationen Mitteilung davon gemacht. Inzwischen hat am 7. Januar eine weitere Besprechung im Beisein des Herrn Kruse stattgefunden,

wobei die Übermittlung unserer Vorkaufverträge in Aussicht gestellt und unter anderem über den Verhandlungstermin und die Abgrenzung der beiden am Reichstarifvertrag nicht beteiligten Arbeitgeberorganisationen geredet wurde.

Unsere Aufgabe sind dann am 17. Januar dem Reichswirtschaftsamt eingeschickt und von diesem den Arbeitgeberorganisationen zugestellt worden. Wir schlagen darin die Verlängerung der bestehenden Tarifverträge um ein weiteres Jahr und die Erhöhung der bisherigen Löhne um 20 % der Stunde vor. Darüber hinaus soll in Städten mit ausgedehnter Kriegsindustrie, neuen Lebensverhältnissen und dort, wo in benachbarten größeren Gebieten höhere Löhne bestehen, oder wo besonders große Unterschiede zwischen den Löhnen für Winter und andere gleichartige Berufsarbeiter festgelegt sind, um einen Ausgleich und die Bildung bestimmter Lohnklassen anzustreben, eine höhere Zulage vereinbart werden. Nicht sind 54 Vorkaufgebiete aufgeführt, die nach diesen Grundsätzen ausgewählt wurden, für die wir bis zu 25 % Lohn-erhöhung vorschlagen.

Nach einigen Verzögerungen sind nunmehr der 7. und nötigenfalls der 8. Februar als Verhandlungstage festgesetzt. Die Verhandlungen finden unter Vorsitz eines Vertreters des Reichswirtschaftsamtes zwischen dem Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Metallgewerbe, dem Bund der Zentralvereine und dem Westdeutschen Metallarbeiterverband und andererseits den drei Gewerkschaften statt. — Im Anschluß daran hat unser Vorstand den Verbandsvorstand zu einer außerordentlichen Tagung zusammenberufen.

Wir hoffen, daß die Verhandlungen ein dem Ernst der Zeit entsprechendes Resultat haben.

Die Feuerungszulagen kein Geschenk.

Unternehmer lieben es, bezüglich der Feuerungszulagen so zu tun, als ob es sich dabei um eine in der Freigebigkeit und dem Wohlwollen der Arbeitgeber beruhende besondere Abwendung handele. Dieser Standpunkt wird natürlich von den Arbeitern nicht geteilt. Sie erachten die Feuerungszulagen als eine Erhöhung des Entgelts für die Arbeitsleistung, welche Erhöhung sich rechtfertigt durch den in Folge der allgemeinen Steigerung der Preise für alle Nahrungs- und Bedarfsgegenstände gesunkenen Geldwert. Wie der Geldwert allgemein gesunken ist, so ist auch der Lohnvertrag als Gegenleistung für die Leistungen des Arbeiters im Werte gesunken, so daß der Arbeiter mit Zug und Recht eine dem Sinken des Geldwertes entsprechende Lohnerhöhung beanspruchen kann.

Diese Auffassung von dem Wesen der Feuerungszulagen erhält ihren amtlichen Stempel durch eine kürzlich gefällte grundsätzliche Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts. Diese Entscheidung ist eine richterliche Antwort in der Arbeiterversicherung hat sich in einer Streitfrage, welche die Frage betraf, ob die Feuerungszulagen auch Entgelt für die Arbeitsleistungen oder nur eine besondere Zuwendung bilden, die für die Krankenversicherung unbrauchbar bleibe, wie jetzt ausgesprochen.

Als Gewichte stellen sich aber die den Beschäftigten gewährten Feuerungszulagen im allgemeinen nicht dar; dies gilt insbesondere dann, wenn es sich nicht um einmalige oder gelegentliche, sondern, wie hier, um größeren Gruppen von Beschäftigten in regelmäßiger Wiederkehr gewährte Leistungen handelt. Feuerungszulagen werden im allgemeinen während des Krieges deshalb gezahlt, um die infolge der allgemeinen Verteuerung in ihrem Werte gesunkene Gegenleistung des Arbeitgebers auf die zurzeit angemessene Höhe zu bringen und die Lohnhöhe den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen wieder anzupassen.

Diese Auslassung des Reichsversicherungsamtes sei manchem Unternehmer zum Nachdenken empfohlen. So natürlich sie ist, so schwer kann sie in die Gedankenwelt mancher Arbeitgeber Eingang finden.

Zur Lehrlingsfrage im Handwerk

Nur in den Monatsheften der Düsseldorfer Handwerkskammer Schatzmeister Werner Stekum. Er hebt einleitend hervor, daß es schon vor dem Kriege für viele Berufe im Handwerk schwierig war, geeignetes Lehrlingsmaterial zu erhalten; aber auch die jetzt in Vorschlag gebrachten Maßnahmen, wie Berufsberatungsstellen, Lehrstellenvermittlung, Schulungen in den Schulen über die Vorteile der Lehrenterufe usw. seien nicht ausreichend, um die notwendige arbeitsfähige Nachwuchsbevölkerung herbeizuführen. Das Uebel läge an der Wurzel erfährt werden. Herr Stekum hält es für einen hohen Wert, wenn man glaubt, daß die Berufsberatung in der Handwerkskammer eine Aufgabe der Berufsberatung durch den Lehrer in den letzten Monaten der Schulbesuchung ist, und daß dann nur die Lehrstellenübermittlung dem Jungen eine Stelle in irgendeinem von ihm erwählten Berufe zuweisen brauche. Die in den Fortbildungsschulen gewonnenen Erfahrungen beweisen zur Genüge, daß dies nicht ausreichend sei; denn viele Lehrlinge verlieren ihren Lehrstuhl und ihren Beruf, während bei einer richtigen Berufsberatung und Berufswahl solche große Schwierigkeiten nicht vorkommen dürfen. Die Frage der Berufswahl ist eine reine Erziehungsfrage, und zwar in der Hauptsache eine Erziehung zur Arbeit. Freude und Stolz an der Arbeit müssen geweckt und behändig gepflegt werden. Diese Erziehung hat bereits in der Kinderstube eingesetzt, von Sozial aussehend, zur nützlichen Arbeit zu führen. Die Schule hat dann mit entsprechenden Einrichtungen diese Arbeit fortzusetzen. Von einem Kollegen, der in Berlin erfragen worden ist, wurde uns vor Tagen berichtet, daß die dortigen Volksschulen vollständige Erziehungsarbeiten für die Erteilung der verschiedenen Handwerksberufe hätten. In den Unterrichtsstunden werden die verschiedenen Berufe in den von ihnen erwählten Gewerben gelehrt, so daß sie mit 14. 15 Jahren selbständig arbeiten können. Nur so wird bei den Knaben die Liebe zur Arbeit und damit die Neigung zu einem gelehrten Berufe gefördert. Der Knabe muß selbst wissen, was er lernen will; die Beratung ist dann nur das Endergebnis der Entscheidung über die Art der gesamten Ausbildung, die zu verschiedenen Ausbildungsstellen und die Wahl der Lehrstellen führt. Herr Stekum erachtet es als höchst wichtig, daß

gabe der Gewerbetreibenden, ihre Stimmen zu erheben und dafür zu sorgen, daß diese Einrichtungen der Erziehung mehr als bisher auch in den maßgebenden Kreisen anerkannt und praktisch durchgeführt werden. Gerade jetzt sei die Zeit hierfür geeignet, zumal die Gefahr besteht, daß die Zustände nach dem Kriege schlimmer werden als bisher. Der Ruf: „Freie Bahn dem Fleißigen“, werde leider falsch verstanden und ganz einseitig durchgeführt. Man glaube, dem Fleißigen aus den Kreisen der ärmeren Bevölkerung dadurch zu helfen, daß man ihm den Weg zur höheren Schule oder wenigstens bis zum Einjährigen durch den Besuch einer Meist- oder Mittelschule erleichtere. Besondere Anreize und Schulen für gutbegabte Knaben würden eingerichtet, um ihnen den Weg ins Leben durch die höhere Schule zu ermöglichen. Solange sich diese Einrichtungen in den Grenzen halten, daß eine Heberfüllung der gelehrten Berufe nicht eintritt, dürfte nichts einzuwenden sein; es äußere sich bei den Knaben aber auch neben der geistigen Begabung eine nach der praktischen Seite hin, und man soll, wenn man das eine tue, das andere nicht lassen. Die umfangreiche Förderung einer großen Zahl von Knaben bis zur Berechtigung zum Einjährigen habe ihre großen Vorteile; denn nur ein verschwindend geringer Teil dieser jungen Leute werde sich den praktisch handwerklichen Berufen zuwenden. Die Förderung bis zum Einjährigen hält weiter auch aus rein praktischen Gründen für Handwerker unpraktisch. Gewiß sollen diese Einrichtungen der Förderung nicht etwa ausgeschlossen werden lediglich unter dem Gesichtspunkte, um die jungen Leute in handwerkliche Berufe zu zwingen, sondern die Einrichtungen müssen derartig getroffen werden, daß auch ein gewisser Prozentsatz intelligenter Knaben dem Handwerk zugeführt werde. Da für einzutreten, sei nun die Aufgabe der maßgebenden Kreise des Handwerksverbandes. Es wäre eine Ungerechtheit, wollte man nur die hervorragend geistig Begabten fördern und die Intelligenz nach der handwerklich praktischen Seite hin vernachlässigen. Die große Masse der geistlichen Jugend werde sich wie bisher praktischen Berufen zuwenden müssen, und für sie sei es besonders notwendig, geeignete Einrichtungen der Förderung zu schaffen. Hier erwachsen den Gemeinden auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts recht große, aber auch dankbare Aufgaben.

Streikbewegung.

Als am vorigen Montag die Nummer 5 des „Vereins-Anzeigers“ abgeschlossen wurde, war durchaus nichts darüber bekannt, daß an den folgenden Tagen in verschiedenen Städten größere Ausstände zu erwarten seien. Wohl war im Hauptanhang des Reichstages am 26. Januar von einem Abgeordneten die Sprache auf ein Flugblatt gebracht worden, das zum allgemeinen Massenstreik aufforderte. Die hierauf erfolgte Auseinandersetzung schloß dann mit einem Appell des Staatssekretärs Wallraf an die deutsche Arbeiterklasse, wie bisher auch weiterhin in der Treue zur Heimat auszuhalten. Die christlichen und kirchlichen Gewerkschaften erließen Erklärungen, in denen sie sich grundsätzlich für die Kriegszeit aus praktischen Gründen scharf gegen den Massenstreikgedanken wandten. Vom 28. Januar ab sind aber in einer Anzahl Städte Streiks ausgebrochen. Keine politische Partei hat die Verantwortung dafür übernommen. Die Haltung für die Sozialdemokratie ist ohne weiteres gegeben: sie ist genau so wenig wie die Gewerkschaften gefragt worden, ob sie dem Streik zustimmen wolle oder nicht. Sie trägt also keinerlei Verantwortung für die Ausstände. Nun ist nicht zu verkennen, daß diesen Ausstandsereignissen mancherlei Ursachen zugrunde liegen. Eine große Rolle spielen für die starke Erregung der deutschen Arbeiterklasse neben der Unruhe über den Verlauf der Friedensverhandlungen die Ernährungsverhältnisse und die preussische Wahlrechtsfrage. Diese steht immer noch im Sumpfe, und die Regierung sieht nicht die Gewissheit ein, daß sie die Kraft besitzt, allen Widerständen zum Trotz ein neues Preussens zu schaffen.

Bei schwerster Arbeit unter keineswegs genügender Ernährung sind die Massen naturgemäß gereizt und nervös erschöpft. Seelische Leiden und körperliche Entbehrungen haben ihre Schuld aufgebracht. So sind Streiks als Ausbrüche der Ungeduld und der Auslehnung in diesen Zeiten durchaus wahrscheinlich. Eine Gefahr für die Landesverteidigung brauchen sie in keiner Weise zu werden. Bei verständiger Haltung der Regierung, bei klarem Ausdruck ihres Friedenswillens würden sie ohne weiteres zu bloßen Demonstrationen für die außenpolitischen und innenpolitischen Ziele der Arbeiterklasse werden. Wenn insbesondere die Regierung Klarheit darüber schaffen wollte, daß sie vollkommen frei von den Echarfmachern ist, die geradezu rasend das gleiche Wahlrecht und jede soziale Reform anfallen, dann würden solche Bewegungen zweifellos ruhig verlaufen und rasch zu einer Verständigung führen müssen.

Ein klares Bild über die gesamte Bewegung am Schlusse der Streikwoche zu geben, ist nicht möglich. In verschiedenen Städten soll es nach Berichten aus der Tagespresse gelungen sein, eine Verständigung zu erzielen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Leider ist es in Berlin, wo der Streik einen größeren Umfang angenommen hat, noch zu keiner Verständigung gekommen. Dort haben sich die Streikenden an den sozialdemokratischen Parteivorstand gewandt und ihm erklärt:

„Wir sind in den Streik getreten, weil die Mehrheit es beschloß hat; der Streik trägt politischen Charakter, und an seiner Leitung ist die Unabhängige sozialdemokratische Partei beteiligt; wir wollen und fordern, daß auch der sozialdemokratische Parteivorstand an der weiteren Leitung der Bewegung teilnimmt, um sie zu einem guten Ergebnis zu führen.“

Was konnte in solcher Lage der Parteivorstand anderes antworten, als daß er dazu bereit sei. Andernfalls wäre eine tiefgreifende Furchenlinie in die ganze Arbeiterklasse getragen worden, einer hätte dem andern Vorwürfe gemacht, und das ganze Organisationsleben wäre unheilbar zerrüttet, das Solidaritätsgefühl tief erschüttert worden. Eine derartige Entwicklung konnte kein Arbeiterführer wünschen, der sich seiner Verantwortlichkeit bewußt war.

Die Regierung hat sich zwar bereit erklärt, mit den Parteiführern zu verhandeln, aber eine Vertretung der streikenden Arbeiter zu empfangen, weigerte sich der Staatssekretär des

Inneren, Herr Wallraf. In Oesterreich hat der Ministerpräsident v. Seidler nicht nur die streikenden Arbeiter empfangen, sondern sogar durch Auge Zugeständnisse an sie eine schnelle Einigung herbeigeführt. Deshalb sollte auch die deutsche Regierung in vernünftiger Weise einlenken und sich nicht an Formalien klammern. Die Hauptsache ist doch, daß eine Aussprache und ein Einvernehmen zustande kommt, damit dadurch die notwendige Rüstungsarbeit wieder fortgesetzt werden kann. Auch der Regierung muß daran liegen, daß durch feste Zusagen ein bestimmter Streikabschluss für das ganze Reich herbeigeführt wird. Nur dadurch kann Ruhe in die Arbeitsverhältnisse kommen und verhindert werden, daß die Bewegung wie ein Glanzfeuer an allen möglichen Orten von neuem ausbricht. Die Regierung sollte deshalb auf jedes Kraftmetertum verzichten und ohne Höhern in Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern eintreten. Dann wird bei gutem Willen eine befriedigende Beilegung der Streiks zu erreichen sein. Auch in der bürgerlichen Presse findet das Verhalten des Herrn Wallraf keine Billigung, so sagt unter anderem die „Berliner Volkszeitung“:

„Wir müssen aber gestehen, daß uns die Haltung des Staatssekretärs wenig glücklich erscheint. Sie erinnert in peinlicher Weise an das Verhalten gewisser Schwerindustrieller, die den Standpunkt des „Herrn im Hause“ hervorheben und ein Verhandeln mit Arbeiterabteilungen ablehnen. Zunächst hatte der Staatssekretär die Pflicht, die Abordnungen zu empfangen. Seine Ansichten konnte er ja mündlich auseinandersetzen. Dabei hätte er die Gelegenheit wahrnehmen können, eine Beilegung der Bewegung herbeizuführen. Schon um dieser Möglichkeit willen dürfte er den Empfang nicht ablehnen. Die Unterlassung will uns als Ich w er e r F e h l e r erscheinen. Gerade weil wir den Streik selber als schweren Fehler der Arbeiter, als eine schädliche, unüberlegte Demonstration ansehen, glauben wir uns genötigt, das auszusprechen.“

Die der Generalkommission der Gewerkschaften ange-schlossenen Verbände sind, wie schon in der Tagespresse bekannt gegeben wurde, an den Streik nicht beteiligt. Am 1. Februar nahm eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände Stellung zu der Bewegung, worauf wir in der nächsten Nummer zurückkommen, wenn uns ein Bericht darüber vorliegen wird.

Von unsern Kollegen im Felde.

Auszeichnungen haben erhalten die Kollegen: J. Laug (Wien), Paul Schubert (Hamburg) und Joh. Funke (Hamburg, Jährlinge Ueterfen) das Eisene Kreuz 2. Klasse; das Eisene Kreuz 2. Klasse und das Heilige Sanitätskreuz, Julius Stoll, die Osmanische Kriegsmedaille Franz Hamann, Mitglieder der Filiale Frankfurt am Main; Christian Buchinger (München) das Eisene Kreuz 2. Klasse und die Dienstauszeichnung.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustand.

Cassel. Nach längerer Pause fand hier am 18. Januar wieder eine Mitgliederversammlung statt, die sich mit den letzten Beschlüssen des Verbandsrates befaßte. Kollege Preuß gab erst den Klassen- und den Quartalsbericht vom hiesigen Quartale, aus denen zu entnehmen ist, daß die Filiale ihren besten Stand der Mitgliederzahl während des Krieges erreicht hat; doch sei es ein trauer und fester Stamm von Kollegen, die gewillt sind, unter den in der Kriegsindustrie beschäftigten, uns noch fernstehenden Kollegen eine rege Agitation zu entfalten, um eine Auswärtsbewegung unserer Filiale zu erzielen. Vor allem sind sie sich bewußt, daß die größte Aufmerksamkeit auf die vom Militär entlassenen, rekrutierten und kriegsbeschädigten Kollegen zu lenken ist. Im Faberwerke sind nur noch wenige Kollegen tätig; der weitaus größte Teil ist in der Kriegsindustrie beschäftigt, da ihnen hier eine bessere Bezahlung ihrer Arbeitskraft gewährleistet ist; zugleich ist aber auch der Beweis erbracht, daß die gegenwärtigen Löhne im Verne für den notwendigen Lebensunterhalt nicht hinreichen und eine Erhöhung des Lohnes plötzlicher muß. Eine Eingabe an das hiesige Lebensmittelamt, zwecks Aufnahme unserer Kollegen in die Schwerarbeiterliste, hatte vollen Erfolg. Zum Kriegsdienst wurden bis jetzt, laut Verzeichnis, 488 Kollegen einberufen; leider fielen, soweit bis jetzt bekannt, 45 Kollegen dem Weltkriege zum Opfer. Kollege Zimmermann, Frankfurt a. M., referierte sodann über: „Die Beitragserhöhung und die Situation im Verbands“, und führte zu ersterem aus, daß der Verband in seinen Einnahmen und Ausgaben sich bis jetzt in der Bilanz gehalten habe, doch sei zu befürchten, daß bei der ständig steigenden Krankens-, Sterbe- und Arbeitslosenunterstützung, die zweifellos nach dem Kriege durch die heimkehrenden kranken und kriegsbeschädigten Kollegen noch größer werde, und durch die im vorigen Jahre wiederum gezahlte Weihnachtsunterstützung eine Abnahme unserer Finanzen einbreiten könnte. Dieses sei unter allen Umständen zu vermeiden, wolle man den uns nach dem Kriege auf dem Lohn- und Arbeitsgebiete gestellten Anforderungen gerecht werden; denn zweifellos stehen uns nach dieser Richtung hin große Kämpfe bevor; es sei daher der Ansicht des Verrats, den Wochenbeitrag um 10 % für die Hauptklasse zu erhöhen, zuzustimmen. Aber auch für die Lokalkasse sei eine Besserung der Finanzen notwendig; diese sei in den letzten Jahren durch ihre sehr vermindernden Einnahmen immer mehr in Schulden bei der Hauptverwaltung gekommen; hierfür müsse ein Ausgleich geschaffen und die Einnahmen müssen so gestellt werden, daß die Filialverwaltung allen Anforderungen im Filialgebiet gerecht werden könne, wolle sie weitere Fortschritte machen. Die Kollegen beteiligten sich rege an der Diskussion. Sie erkannten in beiden Fällen die Notwendigkeit an und stimmten einstimmig für die Erhöhung des Beitrages von 10 % für die Hauptklasse und 10 % für die Lokalkasse. Zur gegenwärtigen Situation im Verbands bemerkte Kollege Zimmermann, daß am 15. Februar 1918 unter Tarif abermals ablaufe und die Verhandlungen baldigst beginnen würden; eine Erhöhung der Feuerungszulage sei hierzu eingereicht; dieses wurde von

den Kollegen mit regem Interesse entgegengekommen. Mit der einmütigen Annahme der Beitragsverhöhung bekundeten die Kollegen abermals den festen Willen und die Kraft, alle Opfer für ihre Organisation zu bringen; haben sie doch die Jahre hindurch hinreichend erkannt, daß nur eine starke, gut organisierte Organisation für die Erfolge erstehen kann. Darum, Kollegen, stärken und kräftigen wir unsern Verband, arbeiten wir in diesem Jahre dem Ziele der Freiheit und des Friedens entgegen. K. P.

Aus Unternehmerkreisen.

Der Verband sächsischer Vereinigungen selbständiger Maler und Lackierer hielt seine erste Tagung in Dresden ab unter dem Vorsitz des Herrn Oberleiters Schürmer. Die Versammlung nahm verschiedene Satzungsänderungen vor und genehmigte die Aufstellung des Haushaltsplanes, der für 1918 in Einnahme und Ausgabe mit 11.8870 bilanziert. Zum Vorsitzenden wurde Herr Schürmer wiedergewählt. Darauf referierte Syndikus Dr. März über die Ausläufer der Rohstoffverknappung für Industrie, Handel und Gewerbe. Nach eingehender Darlegung über die grundlegenden eingetretenen Verhältnisse infolge des Krieges gab er nähere Mitteilungen an für die künftige Produktion sowie die Beschaffung und Verteilung der zur Verfügung stehenden Vorräte. Ueber genossenschaftliche Betätigung im Gewerbe berichtete Herr Weritz. Er legte die großen Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenflusses der Handwerker dar und wie auf diesem Wege Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden können. Ueber die Notwendigkeit genügender Verteilung des Handwerkerstandes in den Parlamenten sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Mäntler. Er empfahl den Handwerkern, sich den politischen Parteien anzuschließen, da sich die Gründung von Handwerkerpartei in Wahrnehmung ihrer Interessen in den politischen Parlamenten nicht bewährt habe. Der nächste Verbandstag soll in Chemnitz oder in Frankenberg abgehalten werden.

Baugewerbliches.

Adressenbeschaffung für die Demobilisierung im Baugewerbe. Für die allmähliche Wiederaufnahme der Bauaktivität nach dem Kriege ist die rechtzeitige Entlassung der Kräfte des Baugewerbes von großer Wichtigkeit. Hierfür kommen natürlich in erster Linie die Maßregeln der Demobilisierungsbehörden in Betracht; aber auch das Baugewerbe und die Baumaterialienindustrien ihrerseits können an der Durchführung der rechtzeitigen Entlassung ihrer Arbeiter und Angehörten mitwirken. Hierzu bedarf es vor allem der genauen militärischen Adressen der einzelnen gewünschten Leute, um diese feinerzeit bei der zuständigen Kriegsamtsstelle anfordern zu können. Die eben genannten Unternehmungen werden daher gut tun, sich diese Adressen jetzt schon einwandfrei und vollständig zu beschaffen. D. W. A.

Kleinwohnungsbau in Elb-Lothringen. Die Frage des Baus von Kleinwohnungen, die für die Uebergangszeit von besonderer Wichtigkeit ist, soll in Elb-Lothringen, wie die „Kommunale Praxis“ mitteilt, auf dem Wege der gemeinnützigen Baugenossenschaften gelöst werden. Sowohl Gemeinden wie öffentliche Körperschaften, Sparkassen, Darlehnskassen, Krankenkassen, Privats- und Gesellschaften können sich durch Erwerb von Geschäftsanteilen an diesen Baugenossenschaften beteiligen. In manchen Gemeinden ist man auch dazu übergegangen, durch diese Baugenossenschaften Schuldbriefe auszugeben, die wie die Geschäftsanteile verzinst werden sollen, ohne daß dabei das Risiko einer Haftung besteht. Der Revisionverband elb-Lothringischer gewerblicher Genossenschaften in Straßburg, mit dem bereits eine Reihe von Gemeinden in Verbindung getreten sind, unterstützt vorderhand mit Rat und Tat die Gründung der gemeinnützigen Baugenossenschaften, bis vielleicht durch den Zusammenschluß aller Baugenossenschaften eine Zentralstelle sich entwickelt hat, bei der die Vorarbeiten der gemeinnützigen Baugenossenschaften zusammenlaufen würden.

Gewerkschaftliches.

Emil Döblin †. Der langjährige Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbandes, Emil Döblin, ist am 31. Januar nach beinahe 30jähriger Tätigkeit im Alter von 65 Jahren gestorben. Nicht nur der Verband der Buchdrucker, auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung erleidet durch den Tod Döblins einen herben Verlust. Er war der eifrigste Vertreter des Tarifvertragsgedankens, der anfänglich sehr starken Anfeindungen ausgesetzt war, im Laufe der Zeit sich aber siegreiche Bahn verschaffte. Döblin galt als bester Kenner der Tariffrage und gewissermaßen als Gutachter, und er wurde in dieser Frage nicht nur in Gewerkschaftskreisen als Berater geschätzt, sondern auch von andern Kreisen um seine Meinung angegangen. Sein zielklarer, durch reiche praktische Erfahrung gestützter Standpunkt zu allen gewerkschaftlichen Fragen und Geschehnissen war geradezu musterhaftig. Und eine strenge, für die Gewerkschaft aber notwendige und sehr nützliche Disziplin wurde von ihm befohlen und speziell im Buchdruckerverband durchgesetzt, die nicht zuletzt den Erfolg hatte, daß der Verband seit den letzten Berufsgenossenorganisatorisch erfasste und unter sein starkes Schutzbuch führte. Festgelegt, unerschütterlich auch in dieser schweren Kriegszeit, finanziell stark, in den organisatorischen Einrichtungen musterhaftig, so stellt sich das Lebenswerk heute dar, dem der Verstorbenen seit 1888 als Vorsitzender, vorher schon als Berliner Gauvorsitzender, in steter Arbeitsfreudigkeit treu gedient hat. Weit über die Gewerkschaftskreise hinaus wird tiefe Trauer über den Tod des treuen, allgemein beliebten und geachteten Gewerkschaftskämpfers sein. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung aber und der Buchdruckerverband haben einen schweren Verlust zu beklagen; denn einer ihrer Besten kann für sie nicht mehr verloren. Sein Andenken aber wird fortleben, und sein Lebenswerk wird in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte als leuchtendes Vorbild allezeit dastehen.

Der Verband der Buchdrucker ist in eine Bewegung gegen Papiermangel und Papiermangel eingetreten, die auf die Sympathien weisser Kreise rechnen kann. Der „Korrespondenz“, das Verbandsorgan der Buchdrucker, wendet sich unangenehm gegen die Zustände, die infolge des Papiermangels sich im Buchdruckerhandwerk entwickelt haben und die bereits einen bedrohlichen Charakter annehmen. Zwar ist, erklärt das genannte Blatt, die Arbeitslosigkeit seit längerer Zeit so gut wie verschwunden, weil die Personalnot infolge der Einberufungen auch den letzten Mann in Beschlag nimmt. Aber der Zeitpunkt, wo es den Buchdruckern und den andern graphischen Arbeitern so ergäbe wie den Textilarbeitern, die tatsächlich nur vier oder fünf Tage arbeiten können, wird bald eintreten, wenn die Reichstellen sich nicht endlich anfangen und für die Versorgung der Druckereien mit Papier mehr tun als bisher. Die Zeit der plebiscitaren Entscheidungen ist vorüber, die Gewerkschaft kann dieser Katastrophensituation nicht länger zusehen. Sie tritt jetzt in eine umfassende Protestbewegung ein, um wenigstens das schlimmste Unheil abzuwenden. Das Blatt fordert von den Zeitungsverlegern, daß sie ebenfalls zu einer Protestaktion schreiten, ihre Stimme erheben und in ihren Blättern eine deutliche Sprache reden. Das Blatt hat sich bereits am 10. November v. J. an den Reichstagsrat gewendet, aber auf die Eingabe keine Antwort erhalten. Die Gewerkschaft hat nun kürzlich in vielen größeren Druckstädten Protestversammlungen abgehalten, und in allen Versammlungen sind Eingaben an den Reichstagsrat in Anlehnung an die Eingabe des Reichstagesrat beschlossen worden. Die Bewegung richtet sich gegen den Kriegswirtschaftsminister. Die Papierfabriken sind in der Hauptsache mit der Herstellung von andern Papierarten als für den Druck beschäftigt. Ihre Presse und Dividenden erhöhen sich fortwährend. Für die Herstellung andern Papiermaterials erhalten sie Kohle, Holz, Stoffe, Materialien und Personal gestellt, und zeigen daher für die Bedürfnisse des Druckgewerbes kein Interesse mehr. Der „Korrespondenz“ fordert die Aufhebung der Kontingentierung vom Juli 1917 und ihre Ersetzung durch die vorherige; die Herstellung von Papier mit hohem Zellulosegehalt sollte einwillig unterstützt werden; den Papierfabriken wäre das nötige Personal zu stellen.

Der Holzarbeiterverband zählte am Jahreschlusse 1917 118 Mitglieder gegenüber 69 240 im Jahre 1916. Da noch die Berichte einiger Ortsgruppen ausstehen, beträgt die Zunahme rund 23 000 neue Mitglieder. Den Hauptanteil an der Zunahme der Mitgliederzahl tragen die jugendlichen und weiblichen Mitglieder; aber auch die Zahl der männlichen Mitglieder stieg um über 8000. Bei den weiblichen und jugendlichen Mitgliedern fehlt nicht allzuviel an einer Verdreifachung der Mitgliederzahl. Der Verband hat im letzten Jahre von Januar bis September fast ebensoviel Mitglieder aufgenommen, wie in den drei vorangegangenen Jahren zusammen. Die „Holzarbeiterzeitung“ drückt hohe Genugtuung über die Werbestraft des Verbandes aus, die aus diesen Zahlen spricht und sich auf die hohen Leistungen des Verbandes stützt.

Der Deutsche Eisenbahnerverband in der Entwicklung. Die freien Gewerkschaften haben im verflochtenen Jahre trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten in der Agitation einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen. Von besonderer Wichtigkeit aber ist; auch die Staatsarbeiter strömen in immer größeren Massen der freien gewerkschaftlichen Organisation zu. Der Deutsche Eisenbahnerverband, der im Juli 1916 gegründet wurde, seine Werbestärke aber erst nach Aufhebung der Verbote im März 1917 beginnen konnte, hat in dieser kurzen Zeit eine großartige Entwicklung zu verzeichnen. Trotz aller Anfeindungen und unklarer gehässigen Nachreden seiner „nationalen“ Gegner ist der Deutsche Eisenbahnerverband bereits zur zweitstärksten Organisation der deutschen Eisenbahner geworden, und aller Voraussicht nach wird er in einiger Zeit den bisher stärksten Verband der Eisenbahnerhandwerker- und Arbeiter (Trier-Berliner Verband) überflügelt haben.

Zurzeit haben die Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes ihre Mitgliederversammlungen ab, in denen die örtlichen Leitungen Bericht erstatten und die Neuwahlen vollzogen werden. Soweit wir die Berichte bisher verfolgen konnten, gewähren sie ein Bild erfreulichsten Fortschrittes und hoffnungsvoller Begeisterung der Eisenbahner. In diesen Tagen fand in Berlin eine Versammlung der Mitglieder aller hier bestehenden Ortsgruppen des Verbandes statt. Nach dem erstatteten Bericht hat die Mitgliederzahl bereits 3000 weit überschritten. Es wurde Zusammenkunft der Ortsgruppen zu einheitlicher Verwaltung, die Erhebung eines Ortszuschlages von 5 % pro Woche zum Verbandsbeitrag und der Anschließung an die Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen. Bessere Fortschritte noch als in Berlin sind an manchen andern Orten zu verzeichnen. Die Ortsgruppe Hannover zählte Ende Dezember 1917 bereits 3239 Mitglieder. Auch die Ortsgruppen Breslau und Hamburg-Altona haben die Mitgliederzahl von 1000 erreicht. Bremen, Frankfurt a. M., Darmstadt, Saarbrücken hatten in den letzten Wochen ganz gewaltige Mitgliederzunahme. Im Bezirk Magdeburg, in Schleswig-Holstein, im Steintiner Bezirk und im Osten des Reiches, in den Direktionsbezirken Bromberg und Königsberg macht der Verband ebenso günstige Fortschritte. In der letzten Zeit wurde auch in den Direktionsbezirken Cöln, Elberfeld und Essen eine Anzahl neuer Ortsgruppen errichtet. Die aus einzelnen Orten bekanntgewordenen Mitgliederzahlen beweisen, wie die Bewegung bereits Mann gewonnen hat. Es waren Mitglieder am Jahreschlusse vorhanden in Hamburg über 1000, in Königsberg 980, Neuminster 1000, Stargard 750, Schneidemühl 1300, Stendal 900, Saarbrücken über 1300. Aber nicht nur in Preußen, auch in den andern Bundesstaaten haben die Eisenbahner die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation erkannt. Sehr gute Fortschritte sind in Sachsen gemacht worden, wo die Zahl der Mitglieder bereits 10 000 überschritten haben dürfte. Das Vereinsleben ist überall sehr reger. Die Beiträge werden pünktlich gezahlt, der Verbandskasse steht stets ein guter. In den Arbeiterausstellungen und Tag-

ungsmittelausstellungen macht sich der Verband in hervorragender Weise bemerkbar. Die Tagung des Verbandes wird ebenfalls sehr gut besucht.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Die hygienische Bedeutung der durchgehenden Arbeitszeit. Die durchgehende Arbeitszeit, die man von 10 Stunden erwarten kann, ist mehr und mehr einzuhalten. Sie ist, worauf die „Blätter für Volksgesundheit“ hinweisen, viele gesundheitliche Vorteile. Zunächst ist es ein Vorteil, wenn immer noch geglaubt wird, daß in der Tagesarbeit ein normales Gewicht gewonnen werden kann, was die eigentliche Ursache der gesamten Arbeitszeit ist. In der Mittagspause haben wir in der Zwischenzeit die Ruhe in die Welt zu bringen oder in ihre weit entfernten Lagen zu vertragen, sie nehmen in Stunde irgendeine warme Mahlzeit, die natürlich von Angenehmem gefolgt wird. Ein gefüllter Magen ist aber ein schwerer Ballast für den Geist, und diese hindert wieder die volle Ausnutzung der aufgenommenen Speisen. Der letztere Umstand ist direkt eine Veranlassung; der Körper kann nicht so vollständig die ihm zugeführten Speisen verwerten, als er es bei der Ruhe und Beschäftigung nach dem Essen tun würde, und so hat der Arbeiter auch noch einen recht erheblichen physischen Schaden aus dieser ungewöhnlichen Einrichtung. Die Hauptmahlzeit wird viel zweckmäßiger als zwischen 12 und 2 Uhr zwischen 5 und 7 Uhr eingenommen; sie kann kaum mit Mühe und im Bewußtsein erfüllter Pflicht eingenommen werden. Wenn bei einer acht bis neun Stunden Arbeitszeit in der Arbeitsmittele eine halbe Stunde pausiert wird, so genügt dies vollkommen, um hinterher die Tagesarbeit zu Ende führen zu können, ohne daß eine besondere Erholungszeit zum Abschluß auch viel besser zum Ausruhen gehen, Ausübung von Sport, Gartenarbeit oder zur geistigen Erholung verwendet werden.

Sozialpolitisches.

Eine erste Warnung. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission hatte in seiner Nummer 3 in eingehender Weise auf die Gefahren hingewiesen, die durch die Verfassungsgesetzgebung und Verfassungsarbeit der preussischen Wahlrechtskommission entstehen müssen. Albenische Wähler hatten das als „Weg zum Landesverrat“ demagogisch. Darauf erwidert das „Korrespondenzblatt“, dieses Vorkommnis müsse in sich zusammenbrechen angesichts der Tatsache, daß die deutschen Gewerkschaften vom Kriegsbeginn bis zur Stunde die Gewähr für die ruhige Aufrechterhaltung der Arbeit für die Landesverwaltung übernommen haben. Um die ruhige Fortsetzung dieser Arbeit zu sichern, erheben sie ernst warnend ihre Stimme. Mit ihrem Willen ist bisher die Ruhe der heimischen Arbeit in der Kriegszeit nicht gefährdet worden. Es gibt aber eine Grenze, bei der die Gewerkschaftsleitungen eine solche Gewähr nicht mehr übernehmen können, und diese Grenze würde erreicht, wenn die dreifache Verdrehung des Postes, die sich die Wahlrechtsreformgewinner in den Ausschüßerhandlungen herausnehmen, fortsetzen und gar mit der Verfassungsänderung der Reform geknüpft würde.

Wir kennen unsere Arbeiterkraft zur Genüge, um zu wissen, daß sie sich solche Behandlung nicht ruhig gefallen läßt; daher haben wir rechtzeitig gewarnt. Die Verantwortlichkeit für das, was aus der Zersplitterung der Wahlrechtsreform entstehen kann, tragen nicht die Gewerkschaftsleitungen und wir, die wir davon gewarnt haben, sondern die Kreise, die das Volk um die Erfüllung der von der Krone feierlich versprochenen Reform zu betrügen versuchen.

Neben dieser Verwarnung wird ein weiterer Hinweis über das Treiben der Reaktion gegeben. Es tadelt die Antwort der Zentralmächte vom 27. Dezember; aber auch die Massen haben in West nichts zur Verhinderung des Friedens getan. Die letzten Erklärungen der Mittelmächte vom 15. Januar seien eine brauchbare Grundlage für die weiteren Verhandlungen. Gegenüber den Friedensbedingungen englischer und amerikanischer Staatsmänner müsse man nach den Erfahrungen des Krieges wache Vorsicht walten lassen. Aber gerade deshalb sei klare Antwort notwendig. Man könne den Mittelmächten nicht zumuten, sich einseitig zu binden; aber innerhalb der durch die Erklärung der Weltmächte gezogenen Grenzen müßten auch sie offene Antwort geben. Zu den Friedensverhandlungen mit England sei eine Vertretung der Unternehmungsinteressen - so hat wenigstens das „Berliner Tageblatt“ gemeldet - hinzuzuziehen. Für die Wahrung der Arbeiterinteressen sei Friedensschluß bisher noch nichts geschehen. Der Geist der Schwärzler dränge sich stärker hervor als früher. Eine Reihe sozial verständiger Männer seien beauftragt, andere in ihrem Einfluß beschränkt. Was aber die Öffentlichkeit in stärkstem Maße erregt, sei die Behandlung der preussischen Wahlrechtsvorlage in der Kommission. Damit arbeite man lediglich den Strömungen in die Hände, die das Interesse der Arbeiter an der Landesverteilung in Zweifel zögen. Werde die Wahlrechtsvorlage wirklich feiert, dann sei die Politik des 4. August die Politik der Gewerkschaften, als falsch erwiesen und über den Haufen geworfen; dann müßten diese jegliche Verantwortung für die Ereignisse ablegen, die eine vorauszusetzende Folge der preussischen Reaktion sein würden. Die Wahlrechtsfrage sei eine Ehrenfrage für die Arbeiterklasse geworden, und ein Volk wie eine Klasse ertrage die größten Opfer für seine Zukunft; aber es ertrage nicht die Anspornung seiner Ehre. Das mit allem Nachdruck auszusprechen, sei Pflicht der Gewerkschaften.

Protektion für Schwerarbeiter in Lungenheilstätten. Das Kriegsernährungsamt hat folgende Anordnung erlassen: Nach den Grundzügen des Kriegsernährungsamtes erhalten Lungenkranke in Heilstätten eine Protektion vor zwei Altkontingen wöchentlich. Diese Wochenprotektion ist um ein Altkontingum geringer als die Nation. Die Schwerarbeiter sind zu berücksichtigen. Ihre Verdienste...

besetzt oder für alle Schwerkraftarbeiter, die in Munition...

Um diesen Schwand, die noch Mitleidung von zumeist...

Die Aufwendungen an Unterstützungen für die Familien...

Die zu zahlen des Reiches gezahlten Unterstützungen...

Die jährliche der Gemeindefinden sind in ihrem Gesamtertrag...

Die Verträge für das Reich (die Wundschüsse) sollen nach...

Beideidenschaft und Entbehrung. Nicht betrübende...

Verbilligung der Produktionskosten -- mit andern Worten...

Der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zeigen...

Genossenschaftliches.

Ueber die Entwicklung der Konsumvereine während des Krieges...

Table with 3 columns: Item, 1918, 1916. Rows include Mitglieder, Eigenumsatz, Eigenproduktion, etc.

Ein Vergleich mit den vorher genannten, für alle deutschen Konsumvereine...

Wie sehr sich einige Konsumvereine während des Krieges...

Indem die Konsumvereine nachdrücklich die Interessen...

Ihrer Bewegungsfreiheit zufrieden zu sein! Sehr begründete...

Die Konsumgenossenschaftliche Verbraucherorganisation...

Verschiedenes.

Kriegsliteratur. Die Weltkriegsbücherei, eine von einem...

Notgeld. Wie zu Beginn des Krieges, so stellte sich auch...

Sterbetafel.

Cöln. Am 1. Februar starb plötzlich an einer Lungenentzündung...

Vereinstell.

Bericht der Hauptkassa vom 28. Jan. bis 2. Febr. Eingekandt haben...

Der heutigen Ausgabe liegen die Nummern 4 und 5 des „Correspondenzblattes“ bei.